

# Mehr Geld für Staatsstraßen gefordert

## Planungsverband Donau-Wald schlägt vor, die Dringlichkeitsliste zu erweitern

**Straubing-Bogen. (ta)** Der Regionale Planungsverband Donau-Wald hat sich in der letzten Sitzung des Planungsausschusses hauptsächlich mit der Fortschreibung des Ausbauplans für die Staatsstraßen in Bayern beschäftigt. Die Mitglieder des Planungsausschusses waren sich dabei einig, dass der Freistaat Bayern zur Stärkung des ländlichen Raums mehr für seine Staatsstraßen machen müsse.

Wie der Planungsverbandsvorsitzende Landrat Alfred Reisinger betonte, sei ein gut ausgebautes, leistungsfähiges und verkehrssicheres Straßennetz für einen Flächenstaat wie Bayern Grundvoraussetzung für wettbewerbsfähige Standortbedingungen. Der Ausbauzustand der Staatsstraßen in Bayern sei in den letzten Jahren immer schlechter geworden, sodass dringender Handlungsbedarf gegeben sei. Nach dem Bericht des Obersten Rechnungshofes 2010 ist mittlerweile ein Drittel der Staatsstraßen derart sanierungsbedürftig, dass bauliche oder verkehrsbeschränkende Maßnahmen

notwendig sind. Allein für die Sanierung dieser Streckenabschnitte wäre ein Investitionsvolumen von rund 720 Millionen Euro erforderlich. Aus den Daten der Zustandserfassung und -Bewertung (ZEB) ergibt sich auch, dass sich der Substanzwert der Staatsstraßen erheblich verschlechtert hat, wobei Niederbayern davon am schlimmsten betroffen ist.

Aus Sicht des Regionalen Planungsverbandes Donau-Wald sei die Mittelausstattung für den Unterhalt und den Ausbau des Straßennetzes in Bayern seit Jahren viel zu gering, um den Verkehrsanforderungen genügen zu können. Um einer weiteren Verschlechterung des Straßenzustandes entgegenzuwirken, den bestehenden Nachholbedarf bei der Bestandserhaltung abzubauen und Verbesserungen der Verkehrserschließung zu erreichen, seien in den nächsten Jahren dauerhaft ausreichende Mittellansätze für die Bestandserhaltung und Neubaumaßnahmen notwendig, so die Verbandsräte. Neben der Bestandserhaltung sei auch der Straßenneubau

für die Region Donau-Wald von elementarer Bedeutung.

Nach Auffassung des Verbandes sei es erforderlich, eine Reihe von Maßnahmen des Staatsstraßenbauplans hinsichtlich der Dringlichkeit höher zu bewerten und damit eine frühere Umsetzung zu erreichen. Die Verbandsmitglieder haben hierzu Vorschläge gemacht, denen sich der Planungsverband vollumfänglich anschließt. Der Planungsverband fordert daher die Änderung der Dringlichkeitsliste entsprechend der Vorschläge der Kommunen insbesondere für die Vorhaben, die ein überdurchschnittliches Nutzen-Kosten-Verhältnis haben. Darüber hinaus unterstützt der Verband die Vorschläge zur Erweiterung der Dringlichkeitsliste.

Im Landkreis Straubing-Bogen sollen daher die Ortsumgehungen Kay-Alburg höher eingestuft werden sowie der Straßenausbau bei Zinzenzell, der Ausbau Pilgramsberg-Ascha, der Ausbau Kirchroth-Saulburg und der Ausbau Saulburg-Wiesenfelden. Auf Vorschlag des Landkreises Straubing-Bogen soll auch die Ortsumgehungen Neufahrn höher eingestuft werden. Der Ortsumgehungen Laberweinting soll ebenso mehr Beachtung zukommen. Neu

in die Dringlichkeitsliste aufgenommen werden sollen der Ausbau der Staatsstraßen Sünching-Martinsbuch, Salching-Leiblfing, Haselbach-Konzell und der Bau der Linksabbiegerspur bei Kirchroth.

Aus Sicht des Planungsverbandes werde es im Sinne einer möglichst effektiven Weiterentwicklung des Straßennetzes für sinnvoll erachtet, dass auch Maßnahmen, die nicht in den ersten Dringlichkeitsstufen vorgesehen sind, planerisch vorbereitet werden können. Die Möglichkeit, Maßnahmen in der Dringlichkeit zu tauschen, wird in der Region sehr unterschiedlich bewertet. Ein konkreter Vorschlag zum kostenneutralen Tausch liegt für die Projekte PA 730-07 gegen PA 580-07 (Landkreis Straubing-Bogen, Konzell) vor. Der Planungsverband schließt sich diesem Vorschlag an, obwohl er von der Gemeinde Rattenberg abgelehnt wird. Da die vorgeschlagene Maßnahme kostengünstiger ist, schlägt der Planungsverband zudem vor, die freien Mittel für andere Maßnahmen in der Region, etwa eine Verlängerung der Ausbaustrecke zwischen Haibach und Konzell, zu verwenden oder den Ausbau Saulburg-Wiesenfelden vorzuziehen.